

Land ist Schlusslicht bei der Notfallrettung

Gesetzliche Krankenkassen geben in Baden-Württemberg am wenigsten Geld aus

Die Notfallrettung im Südwesten gerät immer wieder in die Diskussion, weil die Helfer vielerorts zu oft zu spät kommen. Nun zeigt sich, das kann am fehlenden Geld liegen, denn die Kassen knausern.

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Gut 29 Euro hat die AOK im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg pro Versicherten für Rettungswagen und Notärzte ausgegeben. Damit ist der Südwesten bundesweit Schlusslicht. An der Spitze liegt der Bereich Nordost mit Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg. Über 70 Euro sind dort pro Kopf investiert worden, in Hessen 60 Euro.

Das hat eine aktuelle Erhebung unserer Zeitung ergeben. Die AOK betont, über die Qualität sage das nichts aus. Ursache seien unterschiedliche Strukturen in den einzelnen Bundesländern.

Experten sagen, dass die Zahlen der AOK ohne weiteres auch auf die anderen gesetzlichen Kassen übertragbar sind. „Es gibt keinen Grund, warum es bei ihnen anders sein sollte“, sagt Eduard Kehrberger. Der Notarzt und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Notärzte sieht einen Grund für die unterschiedlichen Finanzmittel: „In anderen Bundesländern haben die Kassen weniger Einfluss.“ Während dort meist die Kommunen festlegen, was an Notärzten und Rettungswagen benötigt wird, verhandeln in Baden-Württemberg Rettungsorganisationen und Kassen

direkt. Beide haben dabei einen Stimmenanteil von 50 Prozent. „Ohne die Kassen geht nichts“, sagt Kehrberger.

Das Innenministerium sieht den Rettungsdienst im Land dennoch „gut aufgestellt“. Gleichwohl überraschten ihn die Zahlen nicht, so Referatsleiter und Landesbranddirektor Hermann Schröder. Da die Rettungsorganisationen direkt mit Krankenkassen verhandelten, seien die Gremien „sehr wirtschaftlich orientiert“.

Aber man wolle den Rettungsdienst weiter verbessern, so Schröder. Das betreffe organisatorische und finanzielle Fragen, die mit den Kassen zu klären sind. Dabei könnten die Erkenntnisse helfen: „Die ermittelten Zahlen zeigen, dass offenkundig dafür finanzieller Spielraum besteht.“

► Kommentar

1000 / Bild: Steiner
3. gu
7-u08
das

Kommentar

Elfmeter

Die Notfallrettung im Land muss besser werden – auch durch Geld

VON JÜRGEN BOCK

Im Fußball bemühen Experten gern ein Sprichwort: Geld schießt Tore. Zwar stimmt das nicht immer, aber doch in den meisten Fällen. Wo genügend Finanzmittel vorhanden sind, stellt sich auf längere Sicht der Erfolg ein. Dieses Prinzip des Sports lässt sich auf die Notfallrettung übertragen. Statt um Spieler und Stadien geht es dort um Rettungswagen, Notärzte, Standorte – Menschen und Material. Natürlich spielen organisatorische Fragen ebenfalls eine Rolle. Geld ist nicht alles, aber wo genug davon für die nötige Grundausstattung da ist, wo die Beteiligten anständig bezahlt werden, erhöhen sich die Chancen auf ein erfolgreiches System auch hier.

Erschreckend ist deshalb die Botschaft, dass die AOK und damit mutmaßlich alle gesetzlichen Krankenkassen in Baden-Württemberg mit Abstand am wenigsten pro Versicherten für die Notfallrettung ausgeben. Alle anderen Bundesländer stehen besser da. Das mag man ein Stück weit mit unterschiedlichen Kostensystemen erklären oder mit anderen Verhandlungspartnern für die Kassen. Am Ende ist es aber wie im Fußball: Es ist egal, ob die Mannschaft im 4-4-2- oder 4-5-1-System antritt, wenn das Ergebnis nicht stimmt. In Baden-Württemberg stimmt es nicht. Dort müssen die Menschen genauso gerettet werden wie in Hessen oder Berlin. Es steht aber dramatisch weniger Geld dafür zur Verfügung. Das kann trotz aller Erklärungsversuche nicht gut sein.

Politik und Rettungsorganisationen täten gut daran, die Zahlen als Steilvorlage zu verstehen. Sie bieten die Chance, alte Strukturen aufzubrechen und mit den Kassen neu zu verhandeln, wo immer das möglich ist. Im Sinne der Sicherheit und des Wohles aller Bürger im Land. Der Ball liegt auf dem Elfmeterpunkt. Er muss nur noch ins Tor.

j.bock@stn.zgs.de

Der Notfallrettung fehlt das Geld

Nach Baden-Württemberg fließen bundesweit die geringsten Finanzmittel für Rettungsdienst und Notärzte

In Stuttgart haben die Rettungskräfte über Jahre gesetzliche Vorgaben nicht erfüllt. Zwar hat sich das gebessert, doch es gibt in Baden-Württemberg ein generelles Problem: In keinem anderen Bundesland bezahlen die Krankenkassen weniger für die Notfallrettung.

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Im Stuttgarter Rathaus schrillen nicht länger die Alarmglocken. In der Landeshauptstadt hat die Notfallrettung nach Reformen zuletzt große Fortschritte gemacht. Das hat die Krankenkassen einiges an Geld gekostet. Zusätzliche Notärzte und neue Rettungswagen waren notwendig, um die Versorgung der Menschen zu sichern. Dagegen sieht es in vielen Landkreisen mau aus. Dort tun sich die Retter noch immer schwer. Eine Erhebung unserer Zeitung zeigt jetzt, dass die landesweiten Probleme auch an der Finanzierung liegen können.

Demnach hat die AOK, bei der fast jeder dritte Deutsche krankenversichert ist, im Jahr 2012 in den einzelnen Ländern äußerst große Unterschiede vorzuweisen. In Baden-Württemberg hat sie lediglich gut 29 Euro pro Versichertem in die Notärzte und Rettungswagen investiert. In allen anderen Ländern war es teils deutlich mehr. Die Spitzenreiter bringen es auf 60 bis 70 Euro pro Kopf. Fachleute kritisieren, dass damit auch Qualitätsunterschiede verbunden sein müssen.

Für die Beteiligten sind die Zahlen neu. Offenbar sind sie zuvor noch nie erhoben worden. „Eine Ländervergleichsstudie über die Ausgaben der gesetzlichen Kassen im Bereich des Rettungswesens ist dem Bundesministerium für Gesundheit nicht bekannt“, heißt es dort hölzern. Auch beim Spitzenverband der Gesetzlichen Kranken-

kassen kennt man keinen anderen Vergleich. Allerdings weiß man dort, dass die Kassen zuletzt insgesamt gut zwei Milliarden Euro pro Jahr für Rettungswagen und Notärzte ausgegeben haben. Der Anteil der AOK ist mit gut einer Milliarde hoch. Experten gehen deshalb davon aus, dass die Unterschiede bei der AOK problemlos auch auf die anderen gesetzlichen Kassen übertragbar sind.

Bei der AOK betont man, die unterschiedlichen Ausgaben hätten „in keiner Weise mit der Qualität der Versorgung“ zu tun. Vielmehr sei der Hauptgrund, dass die hohen Vorhaltekosten des Rettungsdienstes sich in strukturschwachen Regionen auf weniger Einsätze verteilen als in Ballungszentren, sagt eine Sprecherin. Diese These wird durch die Zahlen allerdings nicht gestützt. Sowohl im dicht besiedelten Hamburg als auch im ländlichen Brandenburg liegen die Ausgaben weit höher als im Südwesten.

Experten glauben deshalb, dass der Grund in unterschiedlichen Strukturen liegt. „In anderen Bundesländern haben die Kassen weniger Einfluss“, sagt Eduard Kehrberger. Der Notarzt und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Notärzte kritisiert, dass anderswo meist die Kommunen festlegen, was an Notärzten und Rettungswagen benötigt wird, während in Baden-Württemberg Rettungsorganisationen und Kassen direkt verhandeln. Weil beide dabei einen Stimmenanteil von 50 Prozent haben, sind Pattsituationen möglich. Der Fachmann fordert: „Wenn man rasch vorankommen wollte, müsste man im Land diese Aufgabe kommunalisieren oder zumindest die Pattsituation auflösen.“

„Wir wollen, dass der Rettungsdienst im Land weiter verbessert wird“



Der Rettungsdienst in anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg etwas voraus. Archivfoto: dpa

neue Rettungswagen waren unverwundlich, um die Versorgung der Menschen zu sichern. Dagegen sieht es in vielen Landkreisen mau aus. Dort tun sich die Retter noch immer schwer: Eine Erhebung unserer Zeitung zeigt jetzt, dass die landesweiten Probleme auch an der Finanzierung liegen können.

Demnach hat die AOK, bei der fast jeder dritte Deutsche Krankenversicherung ist, im Jahr 2012 in den einzelnen Ländern äußerst große Unterschiede vorzuweisen. In Baden-Württemberg hat sie lediglich gut 29 Euro pro Versichertem in die Notärzte und Rettungswagen investiert. In allen anderen Ländern war es teils deutlich mehr: Die Spitzenreiter bringen es auf 60 bis 70 Euro pro Kopf. Fachleute kritisieren, dass damit auch Qualitätsunterschiede verbunden sein müssen.

Für die Beteiligten sind die Zahlen neu. Offenbar sind sie zuvor noch nie erhoben worden. „Eine Ländervergleichsstudie über die Ausgaben der gesetzlichen Kassen im Bereich des Rettungswesens ist dem Bundesministerium für Gesundheit nicht bekannt“, heißt es dort holzern. Auch beim Spitzenverband der Gesetzlichen Kranken-



Der Rettungsdienst in anderen Bundesländern hat Baden-Württemberg etwas voraus. Archivfoto: dpa

Hintergrund

Stadt top, Land Flop

- Laut Gesetz müssen Rettungskräfte in Baden-Württemberg in mindestens 95 Prozent der Fälle nach einem Notruf innerhalb von höchstens 15 Minuten am Einsatzort sein. Diese sogenannte Hilfsfrist ist in Stuttgart über Jahre verfehlt worden. Nach einer heftigen Diskussion hat die Stadt daraufhin 2009 das Notarztssystem neu organisiert und dafür gesorgt, dass die Kassen zusätzliche Rettungswagen zur Verfügung stellen. Mittlerweile wird die Hilfsfrist regelmäßig eingehalten. Stuttgart gilt damit als vorbildlich.
- Vor allem in ländlichen Regionen Baden-Württembergs ist das anders. Trotz massiver Investitionen der Landkreise in Außenstellen mit Notarztwagen und Personal wird in einigen Regionen die Hilfsfrist immer wieder teils deutlich verfehlt.
- Die Landesregierung greift punktuell ein. So hat sie angekündigt, zusätzliche Mittel für die Luftrettung zur Verfügung stellen zu wollen. Um die Stationen im Land erneuern zu können, fließen 2013 und 2014 jeweils 1,6 Millionen Euro in diesen Bereich. So solle eine „Verbesserung der rettungsdienstlichen Versorgung“ erreicht werden, sagt das Innenministerium. (bpo)

Ausgaben der AOK pro Versichertem für Notarzt und Rettungswagen im Jahr 2012

Nordost (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Gesamtausgaben)	127,38 Mio. Euro	70,77 Euro
Hessen (insg. 90,2 Mio. Euro)		60,13 Euro
Schleswig-Holstein (insg. 39,5 Mio. Euro)		56,43 Euro
Hamburg (insg. 18,2 Mio. Euro)		50,56 Euro
Sachsen-Anhalt (insg. 31,7 Mio. Euro)		45,29 Euro
Bremen/Bremerhaven (insg. 10,063 Mio. Euro)		44,72 Euro
Deutschland (insg. 1,026 Mrd. Euro)		42 Euro
Rheinland-Pfalz/Saarland (insg. 50,101 Mio. Euro)		41,92 Euro
Thüringen (insg. 33,398 Mio. Euro)		41,59 Euro
Niedersachsen (insg. 98,7 Mio. Euro)		41,13 Euro
Sachsen (insg. 77,949 Mio. Euro)		40,81 Euro
Nordrhein-Westfalen (insg. 184,4 Mio. Euro)		39,74 Euro
Bayern (insg. 148 Mio. Euro)		34,42 Euro
Baden-Württemberg (insg. 116,7 Mio. Euro)		29,92 Euro

StN-Grafik: Lange / Quelle: AOK-Landesverbände, StN

Sowohl im dicht besiedelten Hamburg als auch im ländlichen Brandenburg liegen die Ausgaben weit höher als im Südwesten.

Experten glauben deshalb, dass der Grund in unterschiedlichen Strukturen liegt. „In anderen Bundesländern haben die Kassen weniger Einfluss“, sagt Eduard Kehrer. Der Notarzt und Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Notärzte kritisiert, dass anderswo meist die Kommunen festlegen, was an Notärzten und Rettungswagen benötigt wird, während in Baden-Württemberg Rettungsorganisationen und Kassen direkt verhandeln. Weil beide dabei einen Stimmenanteil von 50 Prozent haben, sind Pattsituationen möglich. Der Fachmann fordert: „Wenn man rasch vorankommen wollte, müsste man im Land diese Aufgabe kommunalisieren oder zumindest die Pattsituation auflösen.“

„Wir wollen, dass der Rettungsdienst im Land weiter verbessert wird“

Hermann Schröder
Landesbranddirektor

Im Innenministerium Baden-Württemberg, das den Rettungsdienst vor zwei Jahren vom Sozialministerium übernommen hat, sieht man die Notfallrettung im Land trotz der geringeren Finanzmittel gut aufgestellt. „Die Tendenz überrascht uns aber nicht“, sagt Referatsleiter und Landesbranddirektor Hermann Schröder. Er führt die niedrigere Summe ebenfalls auf das Selbstverwaltungsprinzip zurück. Weil die Rettungsorganisationen hier direkt mit den Kassen verhandeln, seien die Gremien „sehr wirtschaftlich orientiert“. Unsicher sei der Rettungsdienst deshalb nicht: „Wir sehen uns im Ländervergleich eher vorn.“

Gleichwohl gebe es Verbesserungsmöglichkeiten. Anhaltspunkte soll die zentrale Qualitätssicherungsstelle im Land liefern, die vor kurzem ihre Arbeit aufgenommen hat. Nicht immer, betont Schröder, seien die finanziellen Mittel entscheidend: „Man kann auch viele organisatorisch regeln.“ Zudem soll der Landesrettungsdienstplan, in dem Details der Notfallrettung geregelt werden, Anfang des nächsten Jahres überarbeitet werden. „Wir wollen, dass der Rettungsdienst im Land weiter verbessert wird“, sagt Schröder. Und in Richtung der Kassen: „Die von Ihrer Zeitung ermittelten Zahlen zeigen, dass offenkundig auch finanzieller Spielraum dafür besteht.“ Die Stadt Stuttgart hat es vorgemacht.